

rung der Stellung der Frau auf politischer Ebene erreicht. Die Ausweitung ihres neu gewonnenen Einflusses auf andere wichtige gesellschaftliche Bereiche erweist sich jedoch als komplex und langwierig. In der Gesellschaft entwickelt sich nur zögerlich das Bewusstsein zu ihrer Gleichberechtigung. Diskriminierungsfälle geraten jedoch selten an die Öffentlichkeit. Deshalb existieren seit 2006 sechs staatlich unterstützte Krisenzentren für Frauen und ein Verein, der ein nationales SOS-Hilfstelefon gegen Frauengewalt betreibt.

Aus diesem Grund plant das Auslandsbüro Skopje für 2008 mit den Regierungspartnern und Vertretern der Frauenverbände eine Veranstaltung zur Rolle der Frauen in Politik und Wirtschaft, nachdem 2007 keine gezielten Projekte zur Stellung der Frauen durchgeführt wurden.

Text: Henri G. Bohnet

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Mazedonien

Auslandsmitarbeiter: Henri G. Bohnet

kas@kas.com.mk

2.11. MONTENEGRO

Ausgangsbedingungen

Montenegro gehört zu den Balkanstaaten, die nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre entstanden sind. Allerdings konnte es erst im Jahr 2006 seine Unabhängigkeit erreichen, nachdem sich die Bevölkerung im Rahmen eines Referendums für die Loslösung von Serbien aus dem damaligen Bundesstaat Serbien und Montenegro entschieden hatte. Es wurde sehr schnell weltweit anerkannt und in zahlreiche internationale Organisationen (Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen, OSZE und Europarat) aufgenommen. Als nächste Schritte strebt Montenegro eine Aufnahme in die WTO, die NATO und in die EU an.

Montenegro ist mit 13.812 km² Landesfläche ein kleines Land. 620.000 Einwohner und 21 Gemeinden zählt der Adriastaat. In der Hauptstadt Podgorica wohnen etwa 170.000 Einwohner. Montenegro ist ein multiethnisches Land, welches nach der im Jahr 2003 durchgeführten Volkszählung 43 Prozent Montenegriner, 32 Prozent Serben, 13 Prozent Bosniaken bzw. „ethnische Muslime“, sieben Prozent Albaner, ein Prozent Kroaten und ca. drei Prozent Roma bewohnen. Im Land sind ca. 75 Prozent der Einwohner serbisch-orthodox, 3,5 Prozent römisch-katholisch, 15 Prozent muslimisch und die anderen meist konfessionslos.

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Oktober 2007 wurde Montenegro zu einer Republik, die bürgerliche, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Werte pflegt. Hauptaufgaben der Politik sind danach der weitere Aufbau und die Stabilisierung der noch schwachen und ungenügend in der Gesellschaft verwurzelten legislativen und administrativen Strukturen.

Die allgemeinen politischen Umstände auf dem Balkan Ende des vergangenen Jahrhunderts sind Ursache dafür, dass sich Montenegro sowohl im rechtsstaatlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich immer noch in einer Transitionsphase befindet. Allerdings erlebt das wirtschaftliche Wachstum in Montenegro in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung. Der Tourismus, der in den letzten Jahren deutliche Erfolge zu verzeichnen hat, ist dabei der Schwerpunkt der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung. Problematisch sind dagegen die Modernisierung der früheren staatlichen Großunternehmen im Bereich der Metallindustrie, Werften, Holzverarbeitung, Bergbau und der Energiewirtschaft.

Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und die Kaufkraft sind weiterhin gering. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist in Montenegro immer noch groß. Gehälter und Löhne betragen im Durchschnitt 300 Euro/Monat. Inzwischen steigen vor allem die Gehälter in der privaten Wirtschaft. Etwa zwölf Prozent der Bevölkerung in Montenegro leben an der Armutsgrenze. Nach letzten offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosenquote um die zwölf Prozent, wobei 45 Prozent davon Frauen sind.

Die montenegrinische Gesellschaft ist sehr traditionell. Führungsverantwortung, vor allem in der Politik und in der Wirtschaft, liegen in Männerhand. Frauen übernehmen demgegenüber die häuslichen Verpflichtungen und die Kindererziehung. Allerdings ist die Erwerbstätigkeit der Frauen noch aus der sozialistischen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Daher rührt auch noch ein relativ gut funktionierendes Kinderbetreuungssystem.

Projektbeispiel

Seit vielen Jahren engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Montenegro für die Weiterentwicklung der politischen Kenntnisse und Fertigkeiten von Frauen. Ziel ist es dabei, die politische Teilhabe von Frauen in einem Land, das bis heute stark patriarchalisch geprägt ist, zu verstärken. Hierfür wird mit einem lokalen Partner, dem montenegrinischen Büro für Gleichstellungsfragen, und einem ausländischen Partner, der „Eduardo Frei Stiftung“, zusammengearbeitet.

Im Jahr 2007 wurden drei Trainingsmaßnahmen durchgeführt, unter anderem zur freien Rede und zur Debatte. Teilnehmerinnen waren Frauen aus allen im montenegrinischen Parlament vertretenen Parteien. In Abhängigkeit von der Stärke der jeweiligen Partei im Parlament waren je zwei bis vier Teilnehmerinnen aus jeder Partei zum Training eingeladen.

Die Trainingsmaßnahmen für Frauen in 2007 hatten vor allem zwei Ziele: erstens die Ermunterung der Frauen zu einer stärkeren Teilnahme im politischen Leben der Gesellschaft, und zweitens die Verbesserung ihres öffentlichen Auftritts.

In Vorbereitung eines jeden Trainings wurden Inhalt und Programm zwischen den drei Partnern abgesprochen. Sowohl Vertreter der Eduardo Frei Stiftung als auch der KAS beteiligten sich als Trainer. Das Büro für Gleichstellungsfragen übernahm den organisatorischen Teil wie auch die Kommunikation mit den Teilnehmerinnen, ihre Auswahl, Einladungen, Übersetzung der Seminarmaterialien und Nachbereitung.

Nähere Beschreibung der Trainingsmaßnahmen

Vom 9. bis 10. März 2007 fand in Budva eine Konferenz zum Thema „Rolle der Frauen in Politik und Entscheidungsprozessen – gesetzlicher Rahmen“ statt. 40 Frauen aus parlamentarischen Parteien, dem Parlamentskomitee für Gleichstellung und dem NRO-Sektor nahmen teil.

Es gab aus zwei Gründen einen erhöhten Bedarf an Meinungsaustausch. Zum einen schnitten die Frauen bei den Wahlen im September 2006 besonders schlecht ab. Zum anderen fand in dieser Zeit die Debatte über die neue Verfassung statt.

Das Hauptanliegen der Teilnehmerinnen war, Strategien zu entwickeln, ihre Forderungen in Bezug auf die neue Verfassung an die Entscheidungsträger heranzubringen. Dazu sollte in einem ersten Schritt ein Konsens über die gemeinsamen Anliegen gefunden werden.

Neben Erfahrungen aus Deutschland flossen auch Erfahrungen aus Serbien ein. Aus beiden Ländern konnten Frauen vortragen, die am Verfassungsprozess in ihren Ländern teilgenommen hatten. Ihre Erfahrungen waren für die Debatte deshalb von besonderer Bedeutung.

Im Rahmen eines Workshops „Wie sollte ein Aktionsplan in Zusammenarbeit von politischen Parteien, dem Zivilsektor und den Beamten mit dem Ziel der Gleich-

berechtigung der Geschlechter aussehen?“ haben die Teilnehmerinnen eine Strategie der zukünftigen Aktivitäten entworfen und Aufgaben verteilt.

Vom 29. bis 30. Juni 2007 wurde die Veranstaltung zum Thema „Formen der politischen Kommunikation“ organisiert. 23 Frauen aus allen parlamentarischen Parteien kamen zu diesem zweiten Zusammentreffen nach Zabljak.

Folgende Bereiche wurden behandelt: Pressemitteilung, Pressekonferenz, Hintergrundgespräch, Webseite, Veranstaltungen, Direktmarketing. „Freie Rede – Basics der Rhetorik“ wurde ebenfalls theoretisch und im Workshop behandelt. Höhepunkt des Trainings war das Halten einer Rede vor der Kamera mit anschließender Auswertung. Ein ebenso wichtiger Nebeneffekt war, dass Frauen aus den verschiedenen politischen Parteien gelernt haben, gemeinsame Ziele zu entdecken und einander zuzuhören.

Das dritte Training zum Thema „Debatte“ war eine logische Folge des vorherigen. Es fand vom 7. bis 9. Dezember 2007 in Pržno-Budva mit 22 Teilnehmerinnen aus politischen Parteien statt. Das Hauptziel dieses Trainings war, die Frauen für einen selbstbewussten und überzeugenden Auftritt zu trainieren.



Folgende Themen wurden vermittelt:

- die acht goldenen Regeln für eine erfolgreiche Kommunikation
- die Kunst des Debattierens
- die Geheimnisse der Überzeugungskraft
- rhetorische Instrumente



In Debatten zu verschiedenen Themen hatten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, ihre rhetorischen Kenntnisse zu prüfen und zu optimieren. Ein sehr nützliches Thema war auch das Schreiben einer Rede und ihre Präsentation.

Ergebnis und Nachhaltigkeit des Projektes

Die Bildungsmaßnahmen, die in Montenegro im Jahr 2007 stattgefunden haben, haben einen wichtigen Beitrag zur Erkenntnis und der Aufnahme des Geschlechterkonzepts in der Gesellschaftsentwicklung geleistet. Die Ausbildung in politischen Fertigkeiten und die Stärkung des Selbstbewusstseins und des Willens der Frauen, für die eigenen Rechte zu kämpfen, waren die Hauptziele dieser Veranstaltungen.

Das vermittelte theoretische Wissen wie auch die praktischen Übungen wurden von den Teilnehmerinnen als sehr nützlich und wünschenswert bewertet. Das Verständnis, dass ihr politischer Erfolg direkt von ihren politischen Fertigkeiten abhängig ist, und das Bewusstsein und die Bereitschaft, auf diesem Gebiet trainiert zu werden, sind ebenfalls als große Erfolge dieses Projektes zu bewerten.

Entwicklungspolitischer Kontext

Auf Staatsebene gibt es in Montenegro zwei institutionelle Mechanismen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern: den Parlamentsausschuss zur Frauengleichberechtigung und das Regierungsbüro für Frauengleichstellungsfragen.

Der Parlamentsausschuss zur Frauengleichberechtigung wurde im Jahr 2001 als ständiger Ausschuss mit der Aufgabe gegründet, die verfassungsrechtlich geforderte Sicherstellung der Gleichberechtigung umsetzen zu helfen. Im Jahr 2003 gründete die montenegrinische Regierung das Büro für Gleichberechtigung der Geschlechter, das auf Regierungsebene die Verantwortung und Zuständigkeit für die Einführung der Prinzipien der Geschlechtergleichberechtigung, Implementierung der internationalen Konventionen, Koordi-

nierung der Regierungsgremien in diesem Bereich und als Partner für nationale und internationale Organisationen hat. Stärkung der Mechanismen zur Frauengleichberechtigung auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung ist ebenso eine wichtige Aufgabe, mit der sich das Büro derzeit befasst.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes für Frauengleichberechtigung im Juli 2007 wurde zum ersten Mal in der montenegrinischen Gesetzgebung das Prinzip der Geschlechtergleichberechtigung, wie es die Verfassung als Grundwert postuliert, verankert und ein Diskriminierungsverbot bestimmt.

In Übereinstimmung mit der Peking Deklaration der IV. VN-Weltfrauenkonferenz hat das Gleichstellungsbüro einen nationalen Aktionsplans zu Gleichstellungsfragen entworfen, der sieben prioritäre Aktivitätsbereiche der Frauenförderung bestimmt: Bildung, Gesundheit, Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, Ökonomie und nachhaltige Entwicklung, Politik und Entscheidungsprozesse, Medien und Kultur sowie die Stärkung der Mechanismen zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die positive Gesetzgebung des Staates den Frauen in Montenegro die wichtigsten Grundlagen zur Frauenförderung sichert. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter und der neuen Verfassung im Oktober 2007 bestätigt die montenegrinische Gesellschaft auch formal die Bereitschaft, die Gleichstellung der Frauen sicherzustellen. Die Verfassung verpflichtet zudem den Staat, eine Gleichstellungspolitik durchzuführen. Auf diese Weise soll die Voraussetzung für eine stärkere Repräsentanz der Frauen in Entscheidungsprozessen geschaffen werden.

Es ist allerdings eine alte Erfahrung, dass sich Gleichberechtigung nicht allein durch Gesetze erreichen lässt. Dazu sind Traditionen und Prägungen der Gesellschaft zu stark. Dass dies auch in Montenegro gilt, illustriert besonders das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen vom September 2006. Von insgesamt 81 Parlamentssitzen fielen nur neun Mandate (elf Prozent) auf Frauen.

Vor diesem Hintergrund sind die Maßnahmen, die die KAS im Bereich der politischen Bildung durchführt, ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Die Trainings für Frauen aus politischen Parteien in Montenegro sollen sie für die Übernahme politischer Verantwortung qualifizieren. Ausgestattet mit fachlichen Kenntnissen und prakti-